

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes

Vom 23. November 2022

Auf Grund des § 26 des Jugendschutzgesetzes, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 21 des Gesetzes vom 9. April 2021 (BGBl. I S. 742) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes vom 9. September 2003 (BGBl. I S. 1791), die durch Artikel 4 Absatz 11 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird in der Überschrift und im Wortlaut jeweils das Wort „Bundesprüfstelle“ durch das Wort „Prüfstelle“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Antrag auf Aufnahme eines Mediums in die Liste jugendgefährdender Medien (Liste) muss schriftlich oder elektronisch gestellt und begründet werden. Dem Antrag sollen bei Trägermedien mindestens ein Exemplar und bei Telemedien mindestens die technischen Zugangsdaten zu den Telemedienangeboten beigefügt werden. Wird der Antrag durch Telefax oder elektronisch übermittelt, so können die erforderlichen Anlagen nachgereicht werden.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Trägermediums oder eines Telemediums nach § 21 Abs. 4 des Jugendschutzgesetzes“ durch das Wort „Mediums“ ersetzt und die Wörter „jugendgefährdender Medien“ gestrichen.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.“

3. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4 Beteiligte, Anregende

- (1) Beteiligte sind in einem Verfahren:

1. die Antragstellerin oder der Antragsteller,
2. die Urheberin oder der Urheber und
3. die Inhaberin oder der Inhaber der Nutzungsrechte.

Bei Telemedien sind zusätzlich die Anbieterin oder der Anbieter Beteiligte im Sinne des Satz 1.

(2) Anregende im Sinne dieser Verordnung sind die in § 21 Absatz 4 des Jugendschutzgesetzes genannten zur Verfahrensanregung berechtigten Stellen und die zu deren Vertretung berechtigten Personen.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Benachrichtigung über den Verhandlungstermin muss den Beteiligten und Anregenden mindestens zwei Wochen vor der Verhandlung zugestellt werden. Gleichzeitig sind den Beteiligten die zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Mitglieder der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien und deren Vertretung namhaft zu machen. Der Benachrichtigung der Beteiligten, die nicht Antragstellerin oder Antragsteller sind, muss eine Kopie der Antragschrift oder der Verfahrensanregung beigefügt werden. Die Pflicht zur Benachrichtigung eines Beteiligten entfällt, wenn dessen ladungsfähige

Anschrift auch nach zumutbarem Aufwand aus öffentlich zugänglichen Quellen nicht ermittelt werden kann.“

- c) In Absatz 3 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
- d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
- „Die fristgemäße Benachrichtigung ist zu Beginn der Verhandlung festzustellen; Absatz 2 Satz 4 bleibt unberührt. Kann nicht festgestellt werden, dass die Benachrichtigung zugestellt worden ist, oder ist die Benachrichtigung nicht fristgemäß erfolgt, so ist die Verhandlung zu vertagen, wenn die Beteiligten nicht auf die Benachrichtigung oder die Einhaltung der Frist verzichtet haben.“
5. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift wird das Wort „Befangenheit“ durch das Wort „Ablehnung“ und das Wort „Bundesprüfstelle“ durch das Wort „Prüfstelle“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt und nach dem Wort „wegen“ werden die Wörter „Besorgnis der“ eingefügt.
- d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ ersetzt.
- bb) In Satz 3 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt und nach dem Wort „Stimmenmehrheit“ werden die Wörter „in dessen Abwesenheit“ eingefügt.
- e) In Absatz 4 wird nach dem Wort „Vorsitzenden“ das Wort „die“ durch das Wort „eine“ ersetzt.
6. § 7 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Beteiligten“ die Wörter „und die Anregenden“ eingefügt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Beteiligte können sich durch eine schriftlich bevollmächtigte Person vertreten lassen.“
7. § 8 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Nach Aufruf der Sache führt die oder der Vorsitzende in den Sachstand ein. Die Einführung kann auch von den hinzugezogenen Berichterstatterinnen oder Berichtstattern erfolgen. Die anwesenden Beteiligten oder die zu ihrer Vertretung jeweils berechnigte Person sowie anwesende Anregende sind anzuhören.“

8. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a

Durchführung der Sitzung des Gremiums im Wege der Bild- und Tonübertragung

(1) Die oder der Vorsitzende der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien kann folgenden Personen auf deren Antrag oder von Amts wegen gestatten, sich während der Verhandlung an einem anderen Ort aufzuhalten und dort Verfahrenshandlungen vorzunehmen:

1. den Beteiligten und den zu ihrer Vertretung jeweils berechtigten Personen,
2. den Anregenden,
3. den Beisitzerinnen und Beisitzern sowie
4. den in § 9 Absatz 1 Satz 1 genannten Personen.

Ist eine solche Gestattung erfolgt, so muss es für die Verhandlung eine gleichzeitige Bild- und Tonübertragung geben zwischen

1. dem jeweils anderen Ort, an dem sich die Person aufhält und
2. dem Ort der Verhandlung.

(2) Die oder der Vorsitzende kann Zeuginnen und Zeugen und Sachverständigen auf Antrag oder von Amts wegen gestatten, sich während ihrer Vernehmung an einem anderen Ort aufzuhalten. Die Vernehmung wird zeitgleich im Wege der Bild- und Tonübertragung an diesen Ort und den Ort der Verhandlung übertragen. Ist einer Person nach Absatz 1 Satz 1 gestattet worden, sich an einem anderen Ort aufzuhalten, so wird die Vernehmung auch an diesen Ort übertragen.

(3) Die Übertragung darf nicht aufgezeichnet werden.“

9. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Bei der Beratung und Abstimmung sind anwesend

1. die zur Entscheidung berufenen Mitglieder der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien und

2. mit Genehmigung der oder des Vorsitzenden

- a) die hinzugezogenen Berichterstatterinnen und Berichtstatter,

- b) weitere Bedienstete der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz, die durch Protokollierung oder andere Handlungen die Erstellung der schriftlichen Entscheidung unterstützen und

- c) Personen, die der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz zur Ausbildung im höheren Dienst zugeteilt sind.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

- bb) In Satz 3 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und das Wort „zwei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

- c) Absatz 3 wird aufgehoben.

10. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Soll ein Medium im vereinfachten Verfahren in die Liste aufgenommen werden, so muss die oder der Vorsitzende der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien die Beteiligten, die nicht Antragstellerin oder Antragsteller sind, hiervon benachrichtigen. Die Benachrichtigung muss der oder dem Beteiligten mindestens eine Woche vor der Entscheidung zugehen. Der Benachrichtigung der Beteiligten muss ein Abdruck der Antragsschrift oder der Anregung beigefügt werden. Auch im vereinfachten Verfahren muss die Prüfstelle den Beteiligten, die nicht Antragstellerin oder Antragsteller sind, ein Abdruck der Stellungnahme der Kommission für Jugendmedienschutz zusenden.“

b) In Absatz 2 wird das Wort „wird“ durch das Wort „ergeht“ ersetzt und das Wort „erlassen“ gestrichen.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt und werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.

cc) In Satz 3 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

d) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) § 8a gilt entsprechend.“

11. § 11 wird wie folgt gefasst:

„§ 11

Belehrungspflichten

Die oder der Vorsitzende der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien hat die Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Personen, denen sie oder er nach § 9 Absatz 1 Satz 1 die Anwesenheit gestattet hat, zu Beginn der ersten Sitzung, an der sie teilnehmen, über das Beratungs- und Abstimmungsgeheimnis, die Beisitzerinnen und Beisitzer außerdem über ihre Weisungsfreiheit bei ihren Entscheidungen zu belehren. Ferner sind die Gruppenbeisitzerinnen und -beisitzer von der oder dem Vorsitzenden auf die gewissenhafte und unparteiische Ausübung ihres Amtes zu verpflichten. Die Verpflichtung ist in die Niederschrift nach § 8 Absatz 4 aufzunehmen.“

12. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch das Wort „Prüfstelle“ ersetzt.

b) Absatz 1 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 1 und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Prüfstelle für jugendgefährdenden Medien“ ersetzt.

f) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) An die Stelle veränderter oder ausgeschiedener Beisitzerinnen und Beisitzer treten die zu ihrer Vertretung berechtigten Personen nach der Reihenfolge, die in Absatz 1 bis 3 festgelegt ist. An die Stelle einer oder eines veränderter oder ausgeschiedenen Vorsitzenden tritt die zu ihrer oder seiner Vertretung berufene Person.“

13. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird aufgehoben.

b) Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen und der Wortlaut wie folgt gefasst:

„Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz hat den als öffentlich geführten Teil der Liste in geeigneter Weise in einer übersichtlichen Zusammenstellung zu veröffentlichen. Dies gilt auch für die Teile A und B der bis zum 30. April 2021 bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien geführten Liste.“

14. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Die Prüfstelle für jugendgefährdende Medien hat vor der Entscheidung über die Aufnahme eines Telemediums in die Liste nur dann keine Stellungnahme der Kommission für Jugendmedienschutz nach § 21 Absatz 6 Satz 1 des Jugendschutzgesetzes einzuholen, wenn diese hierüber bereits entschieden und die Prüfstelle für jugendgefährdende Medien benachrichtigt hat.

(2) Zur Mitteilung von Entscheidungen über die Aufnahme eines Telemediums in die Liste nach § 24 Absatz 4 des Jugendschutzgesetzes holt die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz von der Kommission für Jugendmedienschutz eine Übersicht über die anerkannten Einrichtungen der Selbstkontrolle und eine Übersicht der aus Mitteln der Länder oder der Landesmedienanstalten geförderten Internet-Beschwerdestellen ein.“

b) In Absatz 3 wird das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ und werden die Wörter „ihren Entscheidungen“ durch die Wörter „Entscheidungen der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ersetzt.

15. § 15 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Absatz 2a“ und das Wort „Bundesprüfstelle“ durch die Wörter „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ ersetzt.

b) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Wird ein Telemedium in die Liste aufgenommen oder aus dieser gestrichen, so teilt die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz der Kommission für Jugendmedienschutz den Zeitpunkt der Entscheidung mit.

(3) Bei erfolgloser Zustellung soll die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz die Entscheidungen den im Bereich der

Telemedien anerkannten Einrichtungen der Selbstkontrolle mitteilen.“

16. In § 16 wird in der Überschrift die Angabe „Außerkräfttreten“ gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 23. November 2022

Der Bundeskanzler
Olaf Scholz

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Lisa Paus